

Geplante Reform des Informationsfreiheitsgesetzes

Von:

An:

Datum:

Sehr geehrte

Sie setzen sich seit vielen Jahren für nachhaltiges Handeln und den Schutz der Menschenrechte ein. Beide Themen verbindet aus meiner Sicht ein gemeinsamer Grundgedanke: Institutionen müssen so gestaltet sein, dass sie dauerhaft Vertrauen schaffen und demokratische Teilhabe ermöglichen. Transparenz ist dafür keine Nebensache, sondern eine grundlegende Voraussetzung. Das Informationsfreiheitsgesetz trägt dazu bei, staatliches Handeln nachvollziehbar zu machen und die Kontrolle öffentlicher Macht auch langfristig zu sichern.

Laut den bekannt gewordenen Plänen des Koalitionsausschusses soll das Informationsfreiheitsgesetz de facto abgeschafft werden.

Derzeit ermöglicht das IFG allen Menschen, Einsicht in staatliche Dokumente zu erhalten, damit transparent staatliches und behördliches Handeln nachzuvollziehen und ihre Rechte wahrzunehmen – nämlich das Recht auf Kontrolle staatlichen und behördlichen Handelns.

Das IFG ist damit nicht nur ein Transparenzwerkzeug, um die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu wahren, sondern auch ein wichtiges Instrument, um das Vertrauen, das Ihnen durch die Wahl und die fortwährende Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger entgegengebracht wird, nachhaltig zu sichern.

Gemeinsam mit der Union hatten Sie im Koalitionsvertrag festgelegt, das IFG im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu reformieren. Nun sieht der aktuelle Beschluss des Koalitionsausschusses das Gegenteil vor. Mit diesem Vorschlag würden Transparenz und demokratische Kontrolle in einem bislang nicht gekannten Ausmaß eingeschränkt. Der aktuelle Vorschlag würde der Informationsfreiheit in Deutschland faktisch ein Ende setzen.

Anfragen wären nur noch nach Nachweis eines „berechtigten Interesses“ möglich – und damit fast nie. Außerdem könnten Anfragen künftig zehntausende Euro kosten. Zivilgesellschaftliche Organisationen oder Pressevertreter dürften nach aktuellen Informationen offenbar keine Anfragen mehr stellen oder nur in einem erheblich eingeschränkten Umfang. Nur noch Privatpersonen wie ich – die sich Transparenz und Nachvollziehbarkeit dann nicht mehr leisten könnten – wären es, auf deren Schultern man dann die Verantwortung zur Kontrolle ablädt. Ein theoretisches Konstrukt, dessen praktische Umsetzung durch die ihm innewohnende Struktur verhindert wird.

Das IFG hat sich in den vergangenen 20 Jahren bewährt. Es anzutasten, würde mit einem enormen Vertrauensverlust in die jetzige Regierung einhergehen. Gerade in Zeiten sinkenden Vertrauens ist es umso wichtiger, die Transparenz staatlichen Handelns auszubauen und nicht weiter einzuschränken. Vertrauen entsteht nicht durch eine erschwerte Kontrolle, sondern durch Nachvollziehbarkeit und Transparenz.

Transparenz und Kontrollmöglichkeiten den Bürgerinnen und Bürgern aus der Hand zu schlagen, steht im Widerspruch zu den Grundprinzipien eines demokratischen Rechtsstaats. Mit dem aktuellen Vorschlag zur Reform des IFG würde ein zentrales Kontrollinstrument der staatlichen Machtausübung de facto stillgelegt.

Demokratie braucht Transparenz. Macht braucht Kontrolle.

Ich nutze das Informationsfreiheitsgesetz derzeit selbst für mehrere laufende Anfragen und erlebe unmittelbar, welche Bedeutung dieses Instrument für die Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns hat.

Ich möchte Sie daher eindringlich bitten, diese Pläne zu stoppen. Als Mitglied des Innenausschusses müssen Sie das IFG und unser aller Recht auf Informationsfreiheit gegen diese Einschränkungen verteidigen.

Sie wurden gewählt, um demokratische Grundprinzipien zu schützen. Der Koalitionsvertrag hat eine Reform des IFG im Sinne der Bürgerinnen und Bürger versprochen. Ich bitte Sie, dieses Versprechen jetzt einzulösen.

Die von mir geführten IFG-Verfahren dokumentiere und veröffentliche ich unter meinem Autorennamen.

Mit freundlichen Grüßen